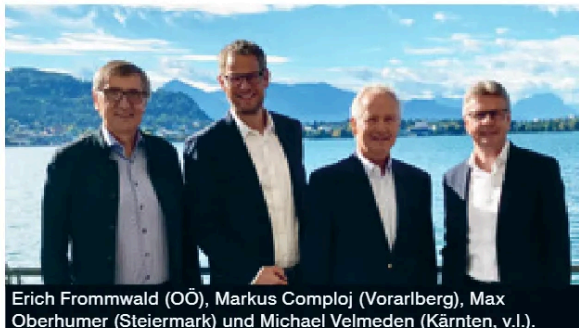


SCHLUSS MIT LUSTIG

Seit acht Quartalen schrumpft die heimische Wirtschaft. Die Gründe dafür sind mannigfaltig und viel diskutiert, ein Ende der Rezession aber nicht in Sicht. Neben dieser angespannten gesamtwirtschaftlichen Situation und den noch immer gültigen zu strengen Kreditvergabe-Richtlinien (KIM-Verordnung) sorgen speziell in Graz – wo rund 80 Prozent der steirischen Bauprojekte durchgeführt werden – überlange Bauverfahren für zusätzliche massive Probleme in der Branche. Nachdem es hier nun erste höchstgerichtliche Urteile gibt, macht sich die WKO Steiermark für eine Novellierung des steirischen Raumordnungsgesetzes stark, um für Bauwerber hier künftig mehr Rechts- und Planungssicherheit herzustellen. Konkret gefordert wird mehr Personal für die Erstellung von Bebauungsplänen bzw. eine Auslagerung an externe Experten sowie ein neuer gesetzlicher Automatismus, durch den – bei Überschreitung der 18-Monate-Frist – ein Übergang in ein „normales“ Bauverfahren ermöglicht wird.

DIE ZEIT DRÄNGT

Hohe Abgabenquoten, gestiegene Energiekosten und überbordende Bürokratie waren kürzlich zentrale Themen bei der jährlichen Konferenz der WKO-Obleute der Industriesparten in Lochau am Bodensee. Die Branchenvertreter verabschiedeten dabei einen Drei-Punkte-Plan mit Lösungsansätzen für die drängendsten Probleme. Von der nächsten Bundesregierung fordern sie rasche Maßnahmen und ein entschlossenes Handeln, um die industrielle Basis und damit den Wohlstand unseres Landes nicht zu gefährden, so der steirische Industriespartenobmann Max Oberhumer.



Erich Frommwald (OÖ), Markus Comploj (Vorarlberg), Max Oberhumer (Steiermark) und Michael Velmeden (Kärnten, v.l.)



„Schluss mit überlangen Bauverfahren“ fordern Regionalstellenobmann Bernhard Bauer, Präsident Josef Herk und Immobilienobmann Gerald Gollenz von der WKO Steiermark, sowie Immobilieninvestor Hannes Schreiner (v.l.)

GUT DING BRAUCHT WEILE

Die für den Ausbau der S 36, Murtal Schnellstraße, verantwortliche ASFINAG hat nun für das Teilstück Judenburg bis St. Georgen das geplante Projekt zur Umweltverträglichkeit eingereicht. Mit dem 12 Kilometer (!) langen Neubau und Lückenschluss wäre eine verbesserte Anbindung des oberen Murtales gewährleistet. Aktuell wird seitens der ASFINAG mit Gesamtbaukosten von rund 650 Millionen Euro gerechnet. Kommt es bei den notwendigen Verfahren zu keinen längeren Verzögerungen, ist ein Baubeginn 2029 vorgesehen. Die Bauzeit ist mit fünf Jahren kalkuliert – also Fertigstellung frühestens 2034!



LAbg Wolfgang Moitzi, 2. LT-Präsidentin Gabriele Kolar, LH-Stv. Anton Lang, LH Christopher Drexler und LAbg Bruno Aschenbrenner (v.l.)